

Friedrichstraße 169/170 D-10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin Cornelia Krüger

Telefon 030.40 81-55 60 Telefax 030.40 81-55 99 presse@dbb.de www.dbb.de

Nr. 2 16. Januar 2014

Inhalt

dbb gegen Augenwischerei beim Thema Tarifeinheit+++
Entgeltordnung für Lehrer – dbb strebt Abschluss mit
Tarifgemeinschaft der Länder an+++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

<u>Besoldungsdeckelung Rheinland-Pfalz kommt vor das</u> Bundesverfassungsgericht+++

dbb sachsen-anhalt begrüßt Fortbestehen des

Landesverwaltungsamts+++

tbb sieht Schüler als Leidtragende des Wahlkampfes+++

dbb mecklenburg-vorpommern: Jetzt Türen für ältere

Bestandslehrer öffnen+++

<u>dbb hamburg: Staatsbedienstete sind immer wieder Spielball</u> der Politik+++

<u>DSTG überzeugt: Hoeneß kommt nicht um Freiheitsstrafe</u> herum+++

GDL zu Bahn-Angebot: Mogelpackung oder umfassender Schutz?+++

Wendt zu Vorratsdatenspeicherung: Keine Hängepartie zulassen+++

DBSH verärgert über Zuwanderungsdebatte+++

VBE appelliert an Kultusminister: Vollen Einsatz für

Kooperationsgebot+++

Philologenverband zu Kontroverse über Homosexualität als Unterrichtsthema+++

Namen und Nachrichten+++



dbb gegen Augenwischerei beim Thema Tarifeinheit

(dbb) Ein "Recht des Stärkeren" in der Tarifpolitik "verstößt klar gegen die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit und kann zu einem Vernichtungswettbewerb zwischen Gewerkschaften führen". Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt im Gespräch mit der "WirtschaftsWoche"(Ausgabe vom 13. Januar 2014) noch einmal betont und hinzugefügt: "Wenn eine kleinere Gewerkschaft in einem Betrieb keine Möglichkeit mehr hat, Einfluss auf die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu nehmen, kann sie sich doch gleich auflösen." Der dbb werde ein Gesetz zur Tarifeinheit "umgehend vor das Bundesverfassungsgericht bringen".

Eine "Tarifeinheit light" zu akzeptieren, bei der zwar die größere Gewerkschaft im Betrieb zum Zuge kommt, aber die Konkurrenz per Kooperationsvertrag mit ins Boot holen muss, bezeichnete Dauderstädt als "Augenwischerei". Zu entsprechenden Überlegungen, die es im Bundesarbeitsministerium gab, sagte der dbb Chef: "Das kann man sich schenken. Ein solcher Deal würde ja nicht verhindern, dass es Koch und Kellner gibt. Solche formal vorge-

schriebenen Gespräche scheitern, bevor das Sprudelwasser serviert ist."

Dauderstädt wies auch auf das Problem hin, in Betrieben mit mehreren Gewerkschaften zu ermitteln, welche davon vor Ort die meisten Mitglieder hat: "Wer die stärkste Gewerkschaft ist, müsste ein Notar ermitteln – ein bürokratisches Horrorszenario." (01/01/14)

Entgeltordnung für Lehrer – dbb strebt Abschluss mit Tarifgemeinschaft der Länder an

(dbb) In den seit Jahren schwelenden Konflikt um die tarifvertragliche Absicherung der rund 200.000 angestellten Lehrer in Deutschland kommt Bewegung. Vor dem Treffen mit Vertretern der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 15. Januar 2014 sagte der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ, der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Ausgabe vom 13. Januar 2013): "Wir streben einen Abschluss mit der TdL an, und dies notfalls auch ohne die GEW", so Russ. Sollte die TdL attraktive Angebote machen, werde er diese nicht zurückweisen. "Ich bedauere sehr, dass sich die GEW derzeit nicht auf gemeinsame Verhandlungen einlässt", fügte Russ hinzu.

Bisher haben Lehrer keinen Tarifvertrag, der regelt, bei welcher Qualifikation und Tätigkeit für sie welche Gehaltsgruppe gilt. Das legen bislang die Länder in eigener Hoheit fest, was in der Praxis zu großen Gehaltsunterschieden führt. Zum einen gibt es Rückstände gegenüber verbeamteten Kollegen, zum anderen auch ein wachsendes Gehaltsgefälle zwischen den Bundesländern. Dies kann laut dbb bei vergleichbarer Tätigkeit bis zu 530 Euro monatlich ausmachen. Nachdem sich die TdL stets gegen eine Tarifregelung gesperrt und

der Streit darüber schon mehrere Einkommensrunden für die Landesbediensteten belastet hatte, gibt es nun ein Bemühen um eine Lösung.

Ziel der Verhandlungen sei es, vor Jahresende ein Ergebnis zu erzielen, denn dann kommt die nächste reguläre Einkommensrunde für den öffentlichen Dienst der Länder, schreibt die FAZ.

(02/01/14)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Besoldungsdeckelung Rheinland-Pfalz kommt vor das Bundesverfassungsgericht

(dbb) Mit Genugtuung hat der dbb rheinland-pfalz den Beschluss des Verwaltungsgerichts Koblenz aufgenommen, wonach das derzeitige Landesbesoldungsgesetz eine verfassungswidrige Abkoppelung der Beamtinnen und Beamten von der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung enthält.

Dass nun das Bundesverfassungsgericht direkt darüber befinden soll, ob die fünfjährige gesetzliche Deckelung von Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst auf jährlich ein Prozent bis 2016 grundgesetzlichen Vorgaben genügt, ist aus Sicht des dbb Landesbundes gut für alle Betroffenen.

Die langfristige Festlegung von fünf inflationsbereinigten Minusrunden zum Nachteil der Beamten und Versorgungsempfänger in Rheinland-Pfalz hat der dbb Landesbund von Anfang an und als erste Organisation für objektiv grundgesetzwidrig gehalten, denn der Besoldungsgesetzgeber lässt dabei zumindest den Bezahlungsmaßstab der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung komplett außer Acht.

Dazu sagte die Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, Lilli Lenz, am 9. Januar 2014: "Beamte und Versorgungsempfänger dürfen mit ihren Bezügen laut Verfassung nicht abgekoppelt werden. Genau das geschieht aber gerade massiv, um dem Landeshaushalt auf die Sprünge zu helfen. An der Haushaltsmisere sind die Beamten nicht schuld. Sie haben es nicht verdient, einseitig verordnet überproportional belastet zu werden. Wir sehen uns durch

den Vorlagebeschluss in unserer stets bekräftigten Rechtseinschätzung voll bestätigt."

Der dbb unterstützt durch gewerkschaftlichen Rechtsschutz je ein Musterverfahren an den anderen drei Verwaltungsgerichten im Land. Lenz: "Ebenso wie die Betroffenen und die Fachwelt werden wir die Koblenzer Entscheidung genau prüfen. Wir gehen davon aus, dass sich die Einschaltung Karlsruhes auch auf die restlichen Musterverfahren auswirkt. Man kann nun abwarten, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet."

Das Land hat zugesagt, sich auch über ausgeurteilte Musterfälle hinaus an höchstrichterliche Rechtsprechung automatisch gebunden zu sehen in Bezug auf alle anderen Betroffenen, die deshalb nicht alle selbst klagen mussten. Lilli Lenz: "Es bleibt spannend. Die Landesregierung und der Besoldungsgesetzgeber haben durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Koblenz einen gehörigen Schuss vor den Bug bekommen."

In dem Koblenzer Fall - kein Musterfall des dbb - klagte ein Leitender Oberstaatsanwalt auf amtsangemessene Besoldung. (03/01/14)

dbb sachsen-anhalt begrüßt Fortbestehen des Landesverwaltungsamts

(dbb) Der dbb sachsen-anhalt und die Deutsche Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG) haben das Bekenntnis von Landesinnenminister Holger Stahlknecht zum Fortbestand des Landesverwaltungsamtes begrüßt. "Das Landesverwaltungsamt hat sich seit seiner Gründung im Jahre 2004 zu einer effizienten und kostengünstigen Dienstleistungsbehörde entwickelt. Das ist vor allem das Verdienst der knapp 1.500 Beschäftigten. Die Bestandsgarantie ist deshalb ein positives Signal an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter", sagte dbb Landesvize Ulrich Stock am 10. Januar 2014.

Das zehnjährige Bestehen des Landesverwaltungsamtes sei ein guter Anlass, endlich für Klarheit in der in den vergangenen Jahren kontrovers geführten Diskussion um das Für

und Wider der Mittelbehörde zu sorgen. dbb und DVG Sachsen-Anhalts hätten sich stets für einen dreistufigen Verwaltungsaufbau mit einer starken Mittelbehörde ausgesprochen und vor



Mehrkosten gewarnt, würden wichtige Aufgaben des Landes auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen. "Dass Innenminister Holger Stahlknecht das Landesverwaltungsamt als "Maschinenraum des Landes' für unverzichtbar erklärt, war nicht immer so. In seiner damaligen Funktion als innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion hatte er sogar

die Abschaffung der Behörde gefordert. Es spricht für den Politiker Stahlknecht, wenn er sich von Argumenten überzeugen lässt und öffentlich politische Positionen revidiert", so Stock, der auch Landesvorsitzender der DVG ist. (04/01/14)

tbb sieht Schüler als Leidtragende des Wahlkampfes

(dbb) Die von der thüringischen CDU geführten Landesministerien haben der Schaffung von 100 zusätzlichen Stellen für Nachwuchspädagogen in diesem Jahr eine Absage erteilt. "Bleibt es dabei, werden die Schüler die Leidtragenden im Wahlkampf 2014", sagte der Landesvorsitzende des Thüringer Beamtenbundes tbb Helmut Liebermann am 10. Januar 2014.

Die Thüringer CDU hatte auf ihrem Landesparteitag in Gera im November 2013 ihr Bildungspolitik-Programm für die kommenden Jahre festgezurrt. Zu den Kernpunkten gehören danach die Einstellung von mindestens 500 neuen Lehrern pro Jahr sowie der Kampf gegen Unterrichtsausfall, der durch eine spezielle Personalreserve verringert werden soll.

Der Forderung von Bildungsminister Christoph Matschie (SPD), dies bereits im laufenden Jahr umzusetzen, um damit dem Unterrichtsausfall an Thüringer Schulen entgegen zu wirken, erteilten die CDU-geführten Ministerien nun eine Absage.

Noch im Juli 2013 hatte der Bildungsminister mit den Thüringer Spitzengewerkschaften tbb und DGB ein Personalentwicklungskonzept unterzeichnet, womit dem Unterrichtsausfall an Thüringer Schulen durch Schaffung einer Personalreserve entgegen gewirkt werden soll. Eine solche Personalreserve hätte durch die Einstellung zusätzlicher 100 Nachwuchspädagogen erstmals geschaffen werden können, so der tbb. (05/01/14)

dbb mecklenburg-vorpommern: Jetzt Türen für ältere Bestandslehrer öffnen

(dbb) Aus Kreisen der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hat der dbb Landesbund erfahren, dass bis Jahresende 2013 erst 20 Prozent der unter 40-jährigen Lehrerinnen und Lehrer Interesse an einer Verbeamtung bekundet haben.

"Damit sind die fiskalischen Gründe von zu großen Pensionsansprüchen entkräftet und man sollte das Thema Verbeamtungen bis 45 für alle Landesbediensteten wieder aufgreifen", forderte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht am 14. Januar 2014 in Schwerin. "Damit würden für ältere Bestandslehrer bei Wunsch und gesundheitlicher Eignung die Türen zur Verbeamtung offen gehalten. Bleibt es auch dann bei einem ähnlich geringen Inte-

resse, erreicht man noch immer nicht die Rechengrößen der avisierten Lehrerverbeamtungen aus der Bildungsinitiative, hätte im Gegenzug aber für mehr Gerechtigkeit gesorgt", so Knecht weiter. Verbeamtungen bis 45 würden zudem die Phase bis zum Wirksamwerden von Ausgleichsmaßnahmen für Bestandslehrer verkürzen. (06/01/14)

dbb hamburg: Staatsbedienstete sind immer wieder Spielball der Politik

(dbb) Vor dem Hintergrund der jüngsten Krawalle in Hamburg und der damit verbundenen Gewaltattacken gegen Polizeibeamte hat der dbb hamburg daran erinnert, dass die

Beschäftigten im öffentlichen Dienst immer wieder ihren Kopf für verfehlte Politik hinhalten müssen. Waren in der Vergangenheit von zunehmenden Übergriffen vor allem Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Job-Centern oder in publikumsintensiven Dienststellen der Bezirke sowie in Finanzämtern betroffen, verlagere sich die Gewalt nun auf die Straße.

Es gehe eindeutig zu weit, wenn sich die Politik in schlauen Ratschlägen überbiete, zugleich aber Gewaltexzesse verharmlose und so die Polizeibeamten diskreditiere, stellte der Landesvorsitzende des dbb hamburg Rudolf Klüver am 13. Januar 2014 fest. "Gewalttätige Ausschreitungen und die zunehmende Respektlosigkeit sind ein gesellschaftspolitisches Problem, an dessen Lösung seit Jahren nur halbherzig gearbeitet wird." Forderungen nach besserer Schutzkleidung für die Polizei und die

Einrichtung von Gefahrenzonen seien wenig hilfreiche Versuche, um der Situation Herr zu werden. "Es ist der Sache nicht dienlich, wenn sich die politischen Parteien mit Schuldzuweisungen überbieten, aber nichts zur Lösung des grundsätzlichen Problems beitragen. Das Problem sind nicht die Beschäftigten im öffentlichen Dienst: Es geht vielmehr um ein gesamtgesellschaftliches Problem und dafür brauchen wir politische Lösungen", so Klüver. (07/01/14)

DSTG überzeugt: Hoeneß kommt nicht um Freiheitsstrafe herum

(dbb) Der wegen Steuerhinterziehung angeklagte FC-Bayern-Präsident Uli Hoeneß muss sich nach Medieninformationen in seinem Prozess wegen sieben Fällen der Steuerhinterziehung verantworten.

Dazu sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler der "Rhein-Neckar-Zeitung" (Ausgabe vom 14. Januar 2014): "Es geht wohl um sieben Jahre, in denen ihm Steuerhinterziehung vorgeworfen wird. Das deutet darauf hin, dass es sich um schwere Steuerhinterziehung handelt. Einfache Steuerhinterziehung verjährt bereits nach fünf Jahren, da würde es gar nicht zu einer Anklage für sieben Jahre kommen."

Zum möglichen Strafmaß fügte Eigenthaler hinzu: "Um eine Freiheitsstrafe kommt man wohl nicht herum. Die entscheidende Frage wird sein, ob sie zur Bewährung ausgesetzt wird. Der Bundesgerichtshof hat vor einigen Jahren die Regel aufgestellt, dass es ab einer Million Euro hinterzogener Summe keine Strafaussetzung zur Bewährung mehr gibt. Ausnahmen sind jedoch möglich. Bei Hoeneß haben wir den recht seltenen Fall der verunglück-

ten Selbstanzeige. Auch wenn diese Anzeige nicht korrekt war, hat Hoeneß durch sie doch das ganze Verfahren erst in Gang gebracht. Seine Selbstanzeige ist nach meiner Ansicht als mildernder Umstand mindestens so hoch einzustufen wie ein Geständnis vor Gericht. Seine verunglückte Selbstanzeige könnte dazu führen, dass die Richter die Strafe bei genau zwei Jahren Gefängnis ansetzen - der Grenze, bei der gerade noch eine Aussetzung zur Bewährung möglich ist."

Der DSTG-Chef verwies auch auf die "Lawine von Selbstanzeigen" nach Hoeneß. "2013, als Hoeneß aufflog, gab es drei Mal so viele Selbstanzeigen wie in normalen Jahren. Insgesamt haben wir seit dem Jahr 2010 mehr als 60.000 Selbstanzeigen erhalten. Die Steuermehreinnahmen beliefen sich dadurch auf 3,5 Milliarden Euro." (08/01/14)

GDL zu Bahn-Angebot: Mogelpackung oder umfassender Schutz?

(dbb) "Auf den ersten Blick scheint das Angebot das Beste zu sein, was einem Lokomotivführer passieren kann. Der Teufel steckt jedoch bekanntlich im Detail." Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize Claus Weselsky am 16. Januar 2014 das Angebot der Deutschen Bahn zur Wiederaufnahme von Tarifverhandlungen und zur Vermeidung von Streiks.

Beim Betrachten des mehrseitigen Schreibens der DB müssten viele Leser den Eindruck gewinnen, dass es sich um ein einzigartiges Angebot handel; dies sei auch die klare Absicht der Bahn, so Weselsky. Dem aufmerksamen und tarifkundigen Betrachter kämen bei der Analyse des Angebots und den enthaltenen Verknüpfungen von Tarifstellen erhebliche Zweifel.

Weiter heißt es in der GDL-Mitteilung: "Ist es der erneute Versuch der DB, der GDL das mit der EVG abgeschlossene "Jahrhundertwerk" zu präsentieren und ihr letztlich doch eine Mogelpackung unterzuschieben? Wie soll es in der täglichen Umsetzung in den Betrieben zu dem tatsächlich von der GDL geforderten umfas-

senden Schutz für die Lokomotivführer kommen? Müssen Lokomotivführer wie in den vergangenen zehn Jahren kreuz und quer durch die Republik wandern und jeden Arbeitsplatz annehmen, wenn sie aufgrund ihrer Arbeitsbelastung ihren Beruf nicht mehr ausüben können?"

Diese und weitere Fragen werde die GDL mit der DB erörtern. Dazu werde sie einen detaillierten Fragenkatalog aufstellen und einen Gesprächstermin bis spätestens Ende Januar 2014 vereinbaren. Mindestens bis zu diesem Gesprächstermin seien Arbeitskämpfe der GDL ausgeschlossen. (09/01/14)

Wendt zu Vorratsdatenspeicherung: Keine Hängepartie zulassen

(dbb) Gegen die Pläne des neuen Bundesjustizministers Heiko Maas sei "im Prinzip nichts einzuwenden". Das sagte der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG) am 6. Januar 2014 im Gespräch mit "Handelsblatt Online". Er bezog sich auf die Ankündigung des Ministers, einen Gesetzesentwurf zur Vorratsdatenspeicherung erst nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in dieser Sache vorlegen zu wollen. "Das Urteil wird wichtige Hinweise für die Gesetzgebung liefern, die Zugriff, Verwendung und Dauer der gespeicherten Daten betreffen", so Wendt weiter. Maas hatte mit seinem Vorstoß für erste Unstimmigkeiten innerhalb der neuen Koalition gesorgt, da im Koalitionsvertrag eine zügige Umsetzung der europäischen Vorgaben zur Vorratsdatenspeicherung vereinbart worden war.

Allerdings mahnte der DPolG-Chef, direkt nach dem Urteilsspruch der europäischen Richter müsse der Minister handeln. "Jede weitere Hängepartie schränkt die Möglichkeiten der effektiven Kriminalitätsbekämpfung zu Lasten unserer Bürgerinnen und Bürger ein."

Bereits 2007 hatte der Deutsche Bundestag eine europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung in deutsches Recht umgesetzt. Von 2008 an mussten Telefonverbindungsdaten verdachtsunabhängig für mindestens sechs Monate gespeichert werden. Dieses Vorgehen erklärte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil von 2010 für verfassungswidrig. Die Regelungen wurden in Deutschland ausgesetzt. Da damit allerdings die Richtlinie der Europäischen Union nicht mehr umgesetzt war, klagte die Europäische Kommission 2012 gegen die Bundesrepublik Deutschland. (10/01/14)

DBSH verärgert über Zuwanderungsdebatte

(dbb) "Wir können in der sozialen Arbeit keine massive Zuwanderung in die Sozialsysteme feststellen. Die Art, in der Zuwanderung jetzt anlässlich der Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen thematisiert wird, ist beschämend und schadet unserem Land", so Gabriele Stark-Angermeier. Die 2. Vorsitzende des Deutschen Berufsverbandes für soziale Arbeit (DBSH) ist verärgert über den Tenor der von der CSU eröffneten Debatte. "Wir brauchen zahlreiche qualifizierte Zuwanderinnen und Zuwanderer in Deutschland. Das gilt nicht nur für Topleute in der Wirtschaft, Ingenieure und dergleichen. Das gilt auch und vor allem

für den Sozialbereich", sagte sie am 10. Januar 2014. Besonders in der Pflege drohten angesichts des demografischen Wandels ernste Engpässe.

Stark-Angermeier, die auch Vorstandsmitglied der Internationalen Föderation der Sozialarbeiter (IFSW – International Federation of Socialworker) und stellvertretende Geschäftsführerin der Caritas Zentren München Stadt/Land ist, stellte weiter fest: "Wir sind dringend auf engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus anderen EU-Ländern angewiesen. Wir sollten uns daher bemühen, dass unser Land attraktiv für Zuwanderinnen und Zuwanderer ist und nicht die Menschen durch Stammtischparolen verschrecken." Gerade aus

Ost- und Südeuropa kämen viele hoch qualifizierte und motivierte Menschen, die mit ihrem persönlichen Streben nach Existenzsicherung und Glück einen aktiven Beitrag zum Erhalt des Wohlstands in Deutschland leisten könnten.

Die Debatte sei auch mit Blick auf die europäische Zusammenarbeit bedenklich. Die europäische Freizügigkeit sei ein hohes Gut, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfe. (11/01/14)

VBE appelliert an Kultusminister: Vollen Einsatz für Kooperationsgebot

(dbb) Anlässlich der Übernahme der Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz (KMK) durch die nordrhein-westfälische Ministerin Sylvia Löhrmann erklärte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann am 15. Januar 2014:

"Der VBE erwartet sichtbare Fortschritte im Hinblick auf drei Schwerpunkte.

Erstens: Beim Kooperationsverbot muss sich endlich etwas bewegen. Bildung ist eine Aufgabe, die von Bund und Ländern gemeinsam und auf Augenhöhe gestemmt werden muss. Der VBE dringt daher auf ein Kooperationsgebot.

Zweitens: In der Lehrerbildung in allen Ländern müssen alle Lehramtsstudiengänge in der ersten Phase mit einem vollen Master abschließen. Der VBE dringt darauf, "Mehr Ge-

rechtigkeit zu wa(a)gen' und die volle Gleichwertigkeit der Lehrämter durchzusetzen. Bisher drückt sich die KMK vor diesem Problem.

Der dritte Schwerpunkt ist die Inklusion. Schulen müssen ohne Wenn und Aber durch gemeinsame Anstrengungen von Bund und Ländern in die Lage versetzt werden, Inklusion zu praktizieren. Wir erwarten, dass unter anderem die personellen Ressourcen deutlich erhöht werden. Auch muss Sorge getragen werden, dass genügend Sonderpädagogen ausgebildet werden." (12/01/14)

Philologenverband zu Kontroverse über Homosexualität als Unterrichtsthema

(dbb) In der kontroversen Diskussion über Homosexualität als Unterrichtsthema in Baden-Württemberg hat der Deutsche Philologenverband (DPhV) mehr Sensibilität gefordert.

Der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Ausgabe vom 14. Januar 2014) sagte der DPhV-Bundesvorsitzender Heinz-Peter Meidinger, diese Fragen seien sehr komplex und müssten dringend im Einvernehmen mit den Eltern diskutiert werden. "Da darf man weder mit der ideologischen Keule noch mit locker-flockigen Papieren hantieren", warnte Meidinger. Ein "einseitiges Agieren" der Kultusbürokratie verbiete sich.

Er nannte es fatal, dass Gegner und Befürworter mit Petitionen im Internet mobil machten. Statt mit "Schwarz-Weiß-Debatten" die Probleme zu schüren und Kritiker als intolerant zu diskriminieren, sei die Rückkehr zu Sachlichkeit dringend notwendig. "Alle Betroffenen gehören an einen Tisch, um das Papier des badenwürttembergischen Kultusministeriums zum Umgang mit sexueller Vielfalt zu diskutieren.



Ohne die Eltern geht in dieser Debatte gar nichts", sagte Meidinger. Auch die Lehrer dürften mit diesen schwierigen Fragen nicht alleingelassen werden. (13/01/14)

Namen und Nachrichten

(dbb) Mit Blick auf die aktuelle Diskussion um Mütterrenten und Rente mit 63 hat der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** darauf hingewiesen, dass die "wirkungsgleiche Übertragung" von Rentenregelungen auf Beamte nicht zwingend sei. Es gebe keine Rechtsnorm, die das vorschreibt, es sei aber Tradition, sagte Dauderstädt der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung" (Ausgabe vom 12. Januar 2014). In den vergangenen Jahren seien den Beamten regelmäßig auch die Verschlechterungen bei Rente oder Tarifreglungen "aufgedrückt" worden. "Wenn es jetzt mal eine Verbesserung gibt wie die Rente mit 63, dann wollen wir auch davon profitieren."

Zum Auftakt der heißen Phase des Betriebsratswahlkampfes 2014 sind 80 Kandidatinnen und Kandidaten des dbb am 13. /14. Januar in der dbb akademie in Königswinter zusammengekommen. Zum Auftakt der zweitägigen Betriebsrätekonferenz sagte der Zweite Vorsitzende des dbb, Willi Russ: "Mit Blick auf die Ergebnisse der letzten Jahre bin ich zuversichtlich, dass wir auch den anstehenden Betriebsratswahlen wieder Stimmen und Mandate hinzugewinnen werden." Als Fachvorstand Tarifpolitik informierte Russ, der auch Vorsitzender der dbb akademie ist, die Kolleginnen und Kollegen aus erster Hand über die "Tarifbaustellen" der nächsten Zeit. Darüber hinaus wurden die Kandidatinnen und Kandidaten mit den rechtlichen Rahmenbedingungen im Wahlkampf vertraut gemacht. Hinzu kamen Informationen zum erfolgreichen Einsatz von Instrumenten und Methoden in den Bereichen Kommunikation, Medien, Social Media und Werbung. Nicht zuletzt ging es um die wirksame Gestaltung des eigenen Auftritts auf Wahlveranstaltungen. Die regulären Betriebsratswahlen finden im Zeitraum vom 1. März bis zum 31. Mai 2014 statt. Die Kandidatinnen und Kandidaten der dbb Mitgliedsgewerkschaften treten in den privatisierten Bereichen des Dienstleistungssektors an; neben Bahn und Telekom sind dies auch die privatisierten Bereiche im kommunalen Bereich.

Die dbb Vize und SPD-Bundestagsabgeordnete **Kirsten Lühmann** ist am 14. Januar 2014 von der SPD-Bundestagsfraktion zur <u>Spreche-</u>

rin für Verkehr und digitale Infrastruktur gewählt worden. "Ich freue mich über diese neue Aufgabe und danke für das Vertrauen", sagte Lühmann, die seit 2009 dem Deutschen Bundestag angehört. Sie ist damit zuständig für alle Verkehrsthemen in der SPD Bundestagsfraktion und - durch den neuen Zuschnitt des Verkehrsministeriums - auch die "digitale Infrastruktur" in diesem Bereich. "Es ist eine gro-Be Herausforderung und eine echte Chance, moderne Verkehrspolitik zu entwickeln", so Lühmann. Sie werde erste Ansprechpartnerin für alle Verbände, Interessenvertreter und Bürgerorganisationen sein, die sich mit den verschiedenen Themen der Verkehrspolitik auseinandersetzen. "Außerdem trage ich für diesen Bereich nun die Verantwortung, Anregungen für deutliche Positionierungen zu geben und – darauf freue ich mich ganz besonders - mit zu gestalten."

Die Novelle des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) in Baden-Württemberg ist in Kraft. Jetzt muss die Wahlordnung umgehend dem neuen LPVG angepasst werden. Der Verordnungsentwurf der Landesregierung zur Wahlordnung ist beim **BBW** – Beamtenbund Tarifunion in mehrfacher Hinsicht auf Kritik gestoßen. Seine Forderung auf den Punkt gebracht: Finger weg von überflüssigen Neuregelungen. Der BBW hat deshalb auch eine Reihe von Korrekturen im Verordnungsentwurf angemahnt, in erster Linie aber fordert er, dass sich der Gesetzgeber bei der Änderung der Wahlordnung auf die Anpassung an die neuen Gesetzesvorschriften durch das geänderte LPVG beschränken sollte. Die geänderte Wahlordnung soll rückwirkend zum 11. Dezember 2013 in Kraft gesetzt werden, zum gleichen Tag also, an dem die Novelle des LPVG in Kraft getreten ist. In wenigen Monaten stehen die Personalratswahlen an. Doch die Wahlvorbereitungen können erst richtig anlaufen, wenn die geänderte Wahlordnung in Kraft ist. Deshalb dränge die Zeit, so der BBW am 13. Januar 2014.

Finanzämter können neuerdings die Namen deutscher Steuerbürger in der Schweiz erfragen – sortiert nach Art der Geldanlage. Steuerfahnder setzen große Hoffnung in das Verfahren, berichten die "Stuttgarter Nachrichten" (Ausgabe vom 9. Januar 2014). Die "Gruppenauskunftsersuchen" seien für Zeiträume ab 1. Februar 2013 möglich. Der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize **Thomas Eigenthaler** forderte Bund und Länder auf, "das neue Instrument zügig anzuwenden", so die Zeitung. Die "Gruppenanfrage" dürfe kein Papiertiger werden. Eigenthaler sagte dem Blatt: "Der Sachverstand der Steuerfahnder muss jetzt zusammengetragen werden, damit möglichst bald Steuergerechtigkeit hergestellt wird."

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, hat ein Reiseverbot für rabiate Fußballfans befürwortet. Angesichts wiederholter Ausschreitungen bei Fußballspielen suchen die Innenminister der Länder nach neuen Wegen, um die Gewalt einzudämmen. Die "Neue Westfälische" (Ausgabe vom 9. Januar 2014) zitiert Wendt mit den Worten: "Wir dürfen nicht zulassen, das gewaltbereite Chaoten den Fußball kaputtmachen." Die vorhandenen Instrumente müssten stärker genutzt werden, um gewaltbereite Fans erst gar nicht anreisen zu lassen. Bereits ietzt operiert die Polizei im Vorfeld brisanter Fußballspiele mit sogenannten Gefährder-Ansprachen. Zusätzlich kann sie Bereichsbetretungsverbote aussprechen und Meldeauflagen machen. Diese regeln, dass die Fans sich zu Spielbeginn in ihrer Heimatstadt bei der Polizei melden müssen. Die polizeilichen Maßnahmen würden "leider viel zu häufig von den Gerichten aufgehoben", kritisierte Wendt.

Als "starkes Zeichen" hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, die um sich greifenden <u>Lehrerproteste in Niedersachsen</u> gegen die Erhöhung de Pflichtstundenzahl bezeichnet. Der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (Ausgabe vom 16. Januar 2014) sagte Meidinger, Reaktionen wie die Aussetzung von Klassen- und Studienfahrten seien absolut verständlich. Es gehe dabei um die Streichung bisher freiwillig erbrachter Zusatzleistungen. Der Landesregierung warf der DPhV-Chef vor, im "Hauruckverfahren" die Arbeitszeitverlängerung durchsetzen zu wollen. "Besser als Grabenkämpfe sind Gespräche", gab Meidinger zu bedenken. Zu überprüfen sei, ob beispielsweise eine Befristung der Arbeitsverlängerung ein Ausweg sein könne. (14/01/14)